

PRESSE-INFORMATION

Ukraine-Konflikt: Nur ein Drittel der Deutschen für aktivere Unterstützung der Ukraine

Hamburg, 10. Februar 2022. Während die diplomatischen Bemühungen um eine De-Eskalation des Ukraine-Konflikts vor allem in Deutschland, Frankreich und den USA auf Hochtouren laufen, wünscht sich lediglich ein Drittel der Deutschen eine aktivere Unterstützung der Ukraine durch die Bundesregierung. So sprechen sich nach einer aktuellen Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ipsos nur 15 Prozent der Bundesbürger für deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine aus. Weitere 18 Prozent sind der Meinung, die Bundesregierung solle als Teil der Konfliktlösung die Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 verhindern.

Demgegenüber steht ein weiteres Drittel der Befragten (35%), das sich von der Bundesregierung wünscht, sich aus dem Konflikt herauszuhalten und weder Russland noch die Ukraine zu unterstützen. Ebenfalls fast ein Drittel (32%) der Befragten meint sogar, Deutschland solle darauf hinwirken, dass die russischsprachigen Regionen der Ost-Ukraine in freien Wahlen entscheiden können sollten, ob sie Teil der Ukraine bleiben wollen.

Die Befragten waren aufgefordert, von vier Meinungen diejenige auszuwählen, der sie am stärksten zustimmen.

Anhänger von AfD und Linken sehen Einmischung besonders kritisch

Gegen eine deutsche Einmischung sprechen sich vor allem Anhänger der AfD (47%) und der Linken (40%) aus, während nur jeweils 27 Prozent der FDP- und CDU/CSU-Sympathisanten für eine neutrale Haltung der Bundesregierung in der Ukraine-Frage sind. Die Anhänger der SPD und der Grünen bewegen sich mit jeweils 32 Prozent dazwischen.

Sympathisanten der Union und AfD am ehesten für Waffenlieferungen

Stärkste Verfechter für deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine sind die Anhänger von CDU/CSU mit einem Zustimmungswert von 21 Prozent, gefolgt von denen der AfD (18%). Unter den Sympathisanten der Grünen sprechen sich 16 Prozent für eine solche militärische Unterstützung aus, während Anhänger der SPD (12%), FDP (9%) und Linken (7%) in dieser Frage am meisten Zurückhaltung üben.

PRESSE-INFORMATION

Nord Stream 2 als Druckmittel polarisiert stark

Wenn es darum geht, die Verhinderung der Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 im Ukraine-Konflikt als Druckmittel gegen Russland zu verwenden, stimmen vor allem die Anhänger der FDP zu. 29 Prozent halten diesen Schritt für eine richtige Lösung, sogar noch mehr, als dafür sind, Neutralität zu wahren. Auch bei Befürwortern von SPD (24%) und Grünen (23%) ist die Zustimmung zu dieser Maßnahme vergleichsweise hoch, wobei jedoch größere Teile dafür sind, ganz von einer Einmischung abzusehen. Unions- (18%) und AfD-Anhänger (6%) finden alle anderen Lösungsansätze passender als die Gaspipeline in den Ring zu werfen. Und auch bei den Linken können sich nur 15 Prozent für diese Maßnahme erwärmen.

Jeder Dritte befürwortet freie Wahlen über Verbleib der Ost-Ukraine

Die Durchführung freier Wahlen in den russisch-sprachigen Regionen der Ost-Ukraine über ihren Verbleib in der Ukraine findet bei den Anhängern von FDP (35%), CDU/CSU (34%) und SPD (32%) jeweils eine ähnlich hohe Zustimmung. Die größten Unterschiede finden sich bei dieser Frage zwischen Befürwortern der Grünen, welche diese Option am seltensten ausgewählt haben (29%) und Sympathisanten der Linken, die diese Variante am häufigsten präferieren (38%).

Ostdeutsche stärker auf Zurückhaltung bedacht

In den ostdeutschen Bundesländern finden sich mit 42 Prozent (gegenüber 35% gesamt) überdurchschnittlich viele Befragte, die für eine Nichteinmischung Deutschlands im Ukraine-Konflikt plädieren. Entsprechend halten auch nur 8 Prozent der Ostdeutschen (vs. 15% gesamt) Waffenlieferungen aus Deutschland und 14 Prozent (vs. 18% gesamt) den Stopp von Nord Stream 2 für ein passendes Mittel der Konfliktlösung. Freie Wahlen in der Ost-Ukraine über den Verbleib in der Ukraine werden dagegen mit 36 Prozent Zustimmung leicht stärker von Ostdeutschen befürwortet (vs. 32% gesamt).

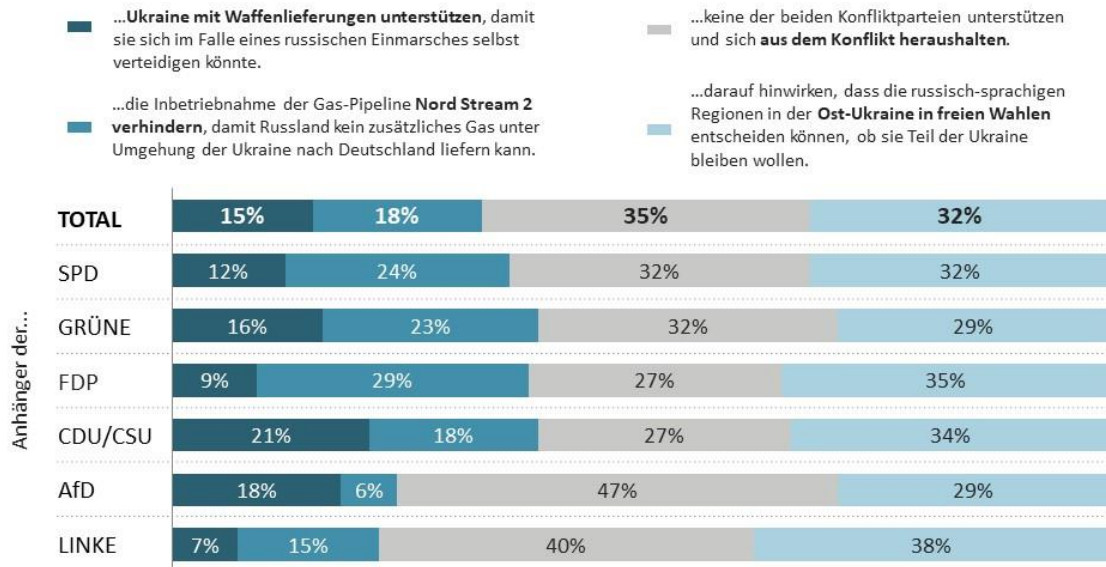
Dr. Johannes Kaiser, Politik- und Sozialforscher bei Ipsos, sieht die starke Zurückhaltung der Bevölkerung bei der Unterstützung der Ukraine mit Waffen oder dem Stopp von Nord Stream 2 in der Tradition deutscher Ostpolitik: »Trotz internationaler Kritik an Russlands Militärpräsenz nahe der Ukraine wollen viele Deutsche auch weiterhin ein entspanntes Verhältnis zu Russland und wünschen sich, dass die Bundesregierung den Konflikt nicht weiter eskaliert. Die Anhänger:innen der verschiedenen Parteien unterscheiden sich in dieser

PRESSE-INFORMATION

Haltung nur wenig. Einzig die Anhänger:innen der AfD und Linken stehen als noch zurückhaltender hervor, was sich zum Teil mit der generell pro-russischeren Haltung dieser Wählergruppen erklären lässt. Gleiches gilt für den Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland. Am bemerkenswertesten ist jedoch, dass rund ein Drittel der Befragten antwortet, dass die russischsprachigen Regionen der Ost-Ukraine per Wahl über ihren Verbleib in der Ukraine entscheiden sollten. Vermutlich ist den Befürwortern dieser Maßnahme nicht ganz bewusst, dass dies die territoriale Integrität der Ukraine in Frage stellen würde. Trotzdem zeigt das Ergebnis, dass die Interessen der Ukraine einem relevanten Anteil der Deutschen unbekannt, wenn nicht sogar unwichtig sind.«

Ukraine-Konflikt: Nur jeder Dritte für aktivere Unterstützung

„Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland hat sich in den letzten Wochen verstärkt. Wie sollte sich die Bundesregierung Ihrer Meinung nach verhalten?“



Online-Befragung von 1.000 Personen zwischen 16 und 75 Jahren in Deutschland gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Feldzeit: 04. Februar 2022.

GAME CHANGERS



PRESSE-INFORMATION

Methode

Die Befragung wurde am 04. Februar 2022 durchgeführt. Es wurden n = 1.000 Personen in Deutschland im Alter von 16 bis 75 Jahren online befragt. Die Daten wurden repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und dem Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl gewichtet.

Ipsos

Ipsos ist die Nummer 3 weltweit in der Marktforschungsbranche mit mehr als 18.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern.

Unsere Forschungsexperten, Analysten und Wissenschaftler verfügen über das breite Know-How von Multi-Spezialisten, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen von Bürgern, Konsumenten, Patienten, Käufern oder Mitarbeitenden ermöglicht. Wir haben die große Bandbreite unserer Lösungsansätze in 18 Service Lines zusammengefasst und unterstützen damit über 5.000 Kunden weltweit.

1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forschern geführt. In Deutschland sind wir mit ca. 600 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, Frankfurt, Nürnberg und München.

Ipsos ist seit dem 1. Juli 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD).

ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS:FP
www.ipsos.de | www.ipsos.com

Kontakt:

Dr. Johannes Kaiser
Ipsos Politik- und Sozialforschung
johannes.kaiser@ipsos.com
Fon: +49 30 3030645 7250

PRESSE-INFORMATION

Auszug aus dem Fragebogen:

Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland hat sich in den letzten Wochen verstärkt. Wie sollte sich die Bundesregierung Ihrer Meinung nach bei diesem Konflikt verhalten? Wählen Sie bitte nur eine Option aus.

- (1) Die Bundesregierung sollte die Ukraine mit Waffenlieferungen unterstützen, damit sich die Ukraine im Falle eines russischen Einmarsches selbst verteidigen könnte.
- (2) Die Bundesregierung sollte die Inbetriebnahme der Gas-Pipeline Nord Stream 2 verhindern, damit Russland kein zusätzliches Gas unter Umgehung der Ukraine nach Deutschland liefern kann.
- (3) Die Bundesregierung sollte darauf hinwirken, dass die russischsprachigen Regionen in der Ost-Ukraine in freien Wahlen entscheiden können, ob sie Teil der Ukraine bleiben wollen.
- (4) Die Bundesregierung sollte keine der beiden Konfliktparteien unterstützen und sich aus dem Konflikt heraushalten.
- (98) Weiß nicht [für Auswertung als fehlender Wert definiert und nicht in gültige Prozentwerte aufgenommen]
- (99) Keine Angabe [für Auswertung als fehlender Wert definiert und nicht in gültige Prozentwerte aufgenommen]

Angenommen, Sie würden teilnehmen, welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre? Gemeint ist die Zweitstimme, die über die Stärke der Parteien im Bundestag entscheidet.

SPD
CDU
CSU
Bündnis 90/Die Grünen
FDP
AfD – Alternative für Deutschland

PRESSE-INFORMATION

Die Linke
Andere Partei, und zwar:

Würde ungültig wählen
Würde keine Zweitstimme abgeben
Weiß nicht
Keine Angabe